



AMTSBLATT

FÜR DIE STADT

SCHLÜCHTERN

AMTLICHES VERKÜNDUNGSORGAN DER STADT SCHLÜCHTERN GEMÄSS § 7 HGO

Jahrgang 32

Donnerstag, den 9. April 2020

Nummer 15

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
<u>Amtliche Bekanntmachungen</u>	
129 Niederschrift über die 16. öffentliche Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Schlüchtern	2
130 Abfallsatzung der Stadt Schlüchtern	3
<u>Aus dem Rathaus wird berichtet</u>	
131 Stellenausschreibung: Erzieherin/Erzieher	13
132 Versorgungsamt Fulda informiert	14
133 Rufbereitschaft des Hessischen Forstamtes Schlüchtern	14
134 <u>Unsere Jubilare</u>	14

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN**129 NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE 16. ÖFFENTLICHE SITZUNG DES SOZIALAUSSCHUSSES DER STADT SCHLÜCHTERN**

nach der Gemeindewahl am 06.03.2016, am Freitag, dem 20.03.2020 im kleinen Saal der Stadthalle Schlüchtern, Schloßstraße 13, Schlüchtern-Innenstadt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Zu dieser 16. öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses hatte der Vorsitzende, Herr Dr. Peter Büttner, mit Schreiben vom 13.03.2020 unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Der Vorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen das vorherige Protokoll wurden nicht erhoben. Gegen die Tagesordnung wurde kein Einspruch eingelegt.

Die Einladung war im Amtsblatt der Stadt Schlüchtern Nr. 12 vom 20.03.2020 veröffentlicht.

1. Kündigung des Hortvertrages mit CJD Schloss Hausen

Über die Kündigung des Hortvertrages mit CJD hat eine Beratung stattgefunden, auch hinsichtlich der Folgen für die betroffenen Eltern.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

„Die Hortbetreuung soll fortgeführt werden und die anteilige Finanzierung durch die Stadt Schlüchtern in einem neuen Vertrag zum Schuljahr 2020/2021 geregelt werden.

Die Aufgaben des Hortes können gegenwärtig noch nicht vollständig vom Schulsystem geleistet werden. Für eine familienfreundliche Stadt wie Schlüchtern ist diese Leistung jedoch von hoher Bedeutung.

Des Weiteren wird der Magistrat der Stadt Schlüchtern beauftragt, mit dem CJD als Träger, Verhandlungen über eine vertragliche Regelung zur Aufrechterhaltung eines Hortangebotes in Schlüchtern aufzunehmen.

Dabei sollen u.a. folgende Punkte vertraglich berücksichtigt werden:

- Maximale Obergrenze
- Leistungsbeschreibung und Konzeption
- Fachkräftegebot
- Qualitätssicherungsprozess
- Zusammenhang zwischen tatsächlicher Belegung und Fördersumme
- Vertragslaufzeit und Kündigungsfristen

Der Vertragsentwurf soll zur erneuten Beratung dem Sozialausschuss vorgelegt werden.“

Es wurde hierüber wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

2. Anforderungsprofil der Rechenschaftsberichte von Vereinen und Institutionen, die Zuschüsse von der Stadt Schlüchtern erhalten

Zu dieser Angelegenheit wurde zunächst darüber beraten, ob und in welcher Form die sozialen und kulturellen Vereine, die von der Stadt Schlüchtern bezuschusst werden, einen Rechenschaftsbericht vorlegen sollen. Ebenfalls wurde über das Anforderungsprofil der Rechenschaftsberichte diskutiert

Das Ziel hierbei ist, Transparenz zu schaffen und den politischen Entscheidungsträgern einen Überblick über die geleistete Arbeit und die einzelnen Projekte in einem bestimmten Tätigkeitszeitraum zu verschaffen.

Bei der Beratung wurde sich darauf verständigt, dass die sozialen und kulturellen Vereine, die von der Stadt Schlüchtern mit mehr als 1.000,00 € jährlich bezuschusst werden, einmal pro Jahr, z.B. am Ende eines Kalenderjahres, einen Tätigkeitsnachweis (1 bis 2 DIN A4-Seiten) vorlegen. Dieser Bericht soll schwerpunktmäßig den Inhalt der geleisteten Arbeit bzw. der durchgeführten Projekte beinhalten.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

„Alle sozialen und kulturellen Vereine und Institutionen die von der Stadt Schlüchtern mit mehr als 1.000,00 € jährlich bezuschusst werden, sollen erstmalig ab dem 01.01.2021 jährlich einen Bericht der Stadt Schlüchtern vorlegen.“

Es wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

3. Antrag BBB-Fraktion, Förderprogramm Pflegewohnheiten

Dieser Antrag wurde von der BBB-Fraktion erneut zurückgezogen, da noch einige offene Punkte im Vorfeld geklärt werden müssen.

4. Verschiedenes

Die nächste Sozialausschusssitzung findet am Freitag, den 05.06.2020 statt.

gez. Dr. Büttner, Vorsitzender

gez. Bertram, Schriftführer

130 ABFALLSATZUNG (ABFS) DER STADT SCHLÜCHTERN

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schlüchtern hat in ihrer Sitzung am 16.03.2020 diese Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Schlüchtern beschlossen, die auf folgende Rechtsgrundlagen gestützt wird: §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30.10.2019 (GVBl. S. 310); § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist i.V.m. § 1 Abs. 6 und § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) vom 06.03.2013 (GVBl. S. 80) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom

03.05.2018 (GVBl. S. 82), §§ 1 bis 6 a, 9 und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (HessKAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.05.2018 (GVBl. S. 247)

TEIL I

§ 1 AUFGABE

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, beide in der jeweils geltenden Fassung, und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln und Befördern der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Anschlusspflichtiger ist jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte.
- (2) Benutzungspflichtiger ist jeder Anschlusspflichtige und sonstige Abfallerzeuger oder -besitzer.
- (3) Bewohner ist jeder beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner.
- (4) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstück) desselben Anschlusspflichtigen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 3 AUSSCHLUSS VON DER EINSAMMLUNG

- (1) Der Abfalleinsammlung der Stadt unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind
 - a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist. Hierzu zählen insbesondere gefährliche Abfälle i. S. d. § 3 Abs. 5 KrWG,
 - b) Erdaushub und Bauschutt aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit dieser nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt werden kann,

- c) Kleinmengen gefährlicher Abfälle (§ 1 Abs. 4 HAKrWG), die vom Entsorgungspflichtigen (Landkreis) eingesammelt werden und diesem zu überlassen sind,
 - d) Abfälle, die aufgrund eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmeverrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt.
- (3) Erzeuger und Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Stadt in dieser Satzung ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke der Entsorgung entsprechend der Satzung über die Abfallentsorgung im Main-Kinzig-Kreis zu der vom Landkreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Landkreis das Entsorgen dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind diese Abfälle zum Zwecke der Entsorgung zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 4 EINSAMMLUNGSSYSTEME

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle beim Grundstück des Anschlusspflichtigen abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Benutzungspflichtige die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 5 GETRENNTE EINSAMMLUNG VON ABFÄLLEN ZUR VERWERTUNG UND SPERRIGEN ABFÄLLEN IM HOLSYSTEM

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle zur Verwertung oder sperrige Abfälle bei angeschlossenen Grundstücken ein:
 - a) Papier, Pappe, Karton,
 - b) Bioabfälle i. S. d. § 3 Abs. 7 KrWG,
 - c) sperrige Abfälle aus Haushalten,
 - d) sperrige Gartenabfälle,
- (2) Die in Abs. 1 Buchst. a und b genannten Abfälle zur Verwertung sind vom Benutzungspflichtigen in den zugeteilten Abfallgefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen.
- (3) Für die in § 5 Abs. 2 genannten Abfälle zur Verwertung zugelassen sind die Gefäße mit folgenden Nenngrößen
 - a) 120 l, 48 kg maximal zulässige Nutzlast (für Bioabfälle)
 - b) 240 l, 96 kg maximal zulässige Nutzlast (für Papiertonne)
 - c) 1.100 l, 440 kg maximal zulässige Nutzlast (für Papier- und Bioabfälle).

- (4) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchst. c genannten sperrigen Abfälle veranstaltet die Stadt zweimal jährlich eine Sperrmüllabfuhr. An den hierzu vorgesehenen Abfuhrtagen sind die sperrigen Abfälle vom Benutzungspflichtigen zur Abfuhr bereitzustellen unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung. Bereit gestellte Gegenstände dürfen nicht mehr als 50 kg wiegen und nicht länger als 2 m sein. Die Höhe darf 1 m, die Tiefe 0,75 m nicht überschreiten. Es werden höchstens 2 cbm Sperrmüll je Abfuhrtermin und Haushalt entsorgt.
- (5) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchst. d genannten sperrigen Abfälle veranstaltet die Stadt zweimal jährlich eine besondere Abfuhr. Die Gartenabfälle, die nicht als kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle in den dafür vorgesehenen Gefäßen gesammelt und zur Abfuhr bereitgehalten werden können, sind an den dafür vorgesehenen Abfuhrtagen wie sperrige Abfälle – gebündelt mit kompostierbarem Bindematerial – vom Benutzungspflichtigen zur Abfuhr bereitzustellen unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung. Die Zweige und Äste dürfen nicht länger als 1,5 m sein und nicht mehr als 15 cm Durchmesser. Es werden höchstens 4 cbm pro Grundstück am Sammeltag abgefahren.

§ 6 GETRENNTE EINSAMMLUNG VON ABFÄLLEN ZUR VERWERTUNG IM BRINGSYSTEM

entfällt

§ 7 EINSAMMLUNG VON ABFÄLLEN ZUR BESEITIGUNG (RESTMÜLL)

- (1) Abfälle, die nicht als Abfälle zur Verwertung einer getrennten Sammlung zugeführt werden (Restmüll), werden im Holsystem eingesammelt.
- (2) Der Restmüll ist vom Benutzungspflichtigen in den zugeteilten Restmüllgefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen.
- (3) Als Restmüllgefäße zugelassen sind die in § 9 Abs.1 genannten Gefäße mit folgenden Nenngrößen:
- a) 50 l, 20 kg maximal zulässige Nutzlast
 - b) 60 l, 24 kg maximal zulässige Nutzlast
 - c) 80 l, 32 kg maximal zulässige Nutzlast
 - d) 120 l, 48 kg maximal zulässige Nutzlast
 - e) 240 l, 96 kg maximal zulässige Nutzlast
 - f) 770 l, 308 kg maximal zulässige Nutzlast
 - g) 1.100 l, 440 kg maximal zulässige Nutzlast

Die bisher zulässige Größe 50 l darf nicht mehr neu angemeldet werden.

- (4) In die Restmüllgefäße dürfen keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach § 3 von der Einsammlung ausgeschlossen sind oder nach § 5 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restmülls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restmüllgefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Falle unberührt.

§ 8 EINSAMMLUNG VON ABFÄLLEN AUF ÖFFENTLICHEN VERKEHRSFÄCHEN

Für die Aufnahme von Abfällen, die anlässlich der Benutzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen anfallen, stellt die Stadt Gefäße (Papierkörbe) auf. Die Besitzer dieser Abfälle sind verpflichtet, diese Gefäße zu benutzen. Dies gilt insbesondere für Hundekot, Pferdeäpfel, Speiseabfälle, Papiertaschentücher, Zigarettenschachteln und –kippen, usw.

§ 9 ABFALLGEFÄßE

- (1) Die 50-l- und 60-l-Gefäße für den Restmüll stellt die Stadt bzw. der von ihr beauftragte Dritte zur Verfügung. Diese Müllbehälter verbleiben im Eigentum der Stadt bzw. des von ihr beauftragten Dritten. Die Nenngrößen 80 l, 120 l, 240 l, 770 l und 1.100 l sind vom Anschlusspflichtigen zu beschaffen.

Zugelassen sind nur Gefäße, die normgerecht und mit den Abfuhrfahrzeugen kompatibel sind. Der Magistrat informiert auf Anfrage über die zugelassenen Gefäße und Bezugsmöglichkeiten. Andere als die zugelassenen Gefäße können zur Abfuhr nicht angenommen werden. Die Gefäße für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen gemäß § 12 Abs. 1 haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste.

- (2) Die Abfälle dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden. Zur Kenntlichmachung des Inhalts der Gefäße dient deren Farbe. In die Gefäße mit grauem/schwarzem Deckel ist der Restmüll einzufüllen, in die Gefäße mit braunem Deckeln sind die kompostierbaren Abfälle einzufüllen und in die Gefäße mit blauem Deckel sind Papier, Pappe und Karton einzufüllen. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Abfalls zu verweigern. Die Abfuhr erfolgt am nächsten Abfuhrtermin, sofern die Fehlwürfe entfernt worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt unberührt.

- (3) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur so weit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht neben die Abfallbehälter geworfen oder daneben gestellt werden. Abfälle dürfen nicht in die Abfallbehälter eingestampft oder in ihnen in einer Art und Weise verdichtet werden, so dass eine Entleerung am Abfallfahrzeug nicht mehr möglich ist, weil der Inhalt nicht mehr geschüttet werden kann und hierdurch der Entleerungsvorgang ausgeschlossen wird.

Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in die Abfallbehälter zu füllen oder Abfälle in den Abfallbehältern zu verbrennen. Sperrige Gegenstände und solche, die die Umleerbehälter, Sammelfahrzeuge oder Abfallentsorgungsanlagen mehr als unvermeidlich zu beschädigen geeignet sind, ferner Eis, Schnee und Flüssigkeiten, die zu ungewöhnlichen Verschmutzungen führen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter eingefüllt werden. Die Deckel sind geschlossen zu halten.

- (4) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehwegs oder - soweit kein Gehweg vorhanden ist - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Benutzungspflichtigen auf das Grundstück zurückzustellen.

- (5) In besonderen Fällen, insbesondere wenn die Zufahrt der Abfuhrfahrzeuge aus rechtlichen (z. B. aufgrund von Unfallverhütungsvorschriften) oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (6) Müllsäcke können ausnahmsweise zusätzlich zu Abfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf einem anschlusspflichtigen Grundstück vorübergehend zusätzliche Abfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Müllsäcke sind bei der Stadt Schlüchtern zu beziehen. Für kompostierbare Abfälle müssen die hierfür bestimmten kompostierbaren Säcke verwendet werden.
- (7) Die Zuteilung der Abfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf. Bei privaten Haushaltungen werden pro Bewohner 12 l Gefäßvolumen für den Restmüll bei dreiwöchentlicher Abfuhr in Ansatz gebracht. Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restmüll vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restmüllmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restmüll vorgehalten werden. § 7 Abs. 2 der Gewerbeabfallverordnung bleibt unberührt.
- (8) Für die Einsammlung von Abfällen zur Verwertung wird bei Zuteilung eines Restmüllgefäßes
- a) bis zur Nenngröße von 1.100 l bei kompostierbaren Abfällen jeweils ein 120-l-Gefäß zugeteilt
 - b) bei Papier bis zu einer Nenngröße von 120 l jeweils ein 240-l-Gefäß zugeteilt. Bei einer Nenngröße von 240 l (für Restmüll) können zwei 240-l-Gefäße beantragt werden. Im Übrigen werden Gefäße mit maximal gleicher Größe wie die zugeteilten Restmüllgefäße zugeteilt (Regelausstattung).

Vom Anschlusspflichtigen gewünschte weitere Gefäße können gebührenpflichtig zugeteilt werden.

§ 10 BEREITSTELLUNG SPERRIGER ABFÄLLE

- (1) Sperrige Abfälle sind an den dafür vorgesehenen, öffentlich bekannt gemachten Einsammlungstagen und –zeiten an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 4 sind zu beachten.
- (2) Absatz 1 gilt auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelaktionen und –Terminen außerhalb der Abfallgefäße, zum Beispiel gebündelt oder versackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.
- (3) Die im Einzelfall bereitgestellte Sperrmüllmenge darf handelsübliche Mengen, das heißt mehr als 2 cbm Haushaltssperrmüll sowie 4 cbm Gartensperrmüll nicht überschreiten. Überschreitet die bereitgestellte Menge des Sperrmülls das Haushaltsübliche oder kann der Sperrmüll aufgrund seiner Einzelgröße oder seines Gewichts nicht verladen werden oder ist dessen Transport aus anderen Gründen nicht durchführbar oder unzumutbar, so ist die Stadt berechtigt, die Mitnahme zu verweigern.

§ 11 EINSAMMLUNGSTERMINE, ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

- (1) Die Einsammlungstermine werden durch den Abfallkalender der Stadt Schlüchtern öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Zweimal jährlich gibt die Stadt im Amtsblatt der Stadt Schlüchtern bekannt, wo Abfallcontainer für die Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem aufgestellt werden.
- (3) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem Amtsblatt auch die Termine für die Einsammlungen von Abfällen nach § 1 Abs. 4 HAKrWG (Kleinmengen gefährlicher Abfälle) und anderen Abfällen bekannt, die nicht ihr, sondern von Dritten (Landkreis, Verbänden, Vereinen, u. a.) zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 12 ANSCHLUSS- UND BENUTZUNGSZWANG

- (1) Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn auf ihm ein Restmüllgefäß aufgestellt worden ist.
- (2) Von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück ein Gefäß zur Aufnahme kompostierbarer Abfälle (Bio-Gefäß) aufzustellen, lässt der Magistrat eine Ausnahme zu, wenn der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass er ausnahmslos alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst auf seinem Grundstück verwertet, welches er im Rahmen seiner privaten Lebensführung nutzt. Eine ordnungsgemäße Verwertung erfordert, dass für die Ausbringung des Produkts eine eigene gärtnerisch oder landwirtschaftlich genutzte Fläche von 25 m² je Grundstücksbewohner auf dem Grundstück nachgewiesen wird. Die Ausnahme wird nur befristet und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugelassen.
- (3) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 3 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für
 - a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
 - b) Abfälle, die durch eine zulässige gemeinnützige oder gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 - c) Abfälle einer behördlich festgestellten freiwilligen Rücknahme zurückgegeben werden,
 - d) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
 - e) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern.

§ 13 ALLGEMEINE PFLICHTEN, MITTEILUNGS- UND AUSKUNFTSPFLICHTEN

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, werden nicht eingesammelt. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereit zu stellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Müllsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der zur Straßenreinigung Verpflichtete zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.
- (5) Der Anschlusspflichtige i. S. d. § 2 hat jeden Wechsel im Grundstückseigentum unverzüglich der Stadt mitzuteilen. Dies gilt auch bei Änderungen im Erbbaurecht, dem Nießbrauch und sonstigen die Grundstücksnutzung betreffenden dinglichen Rechten. Diese Verpflichtung trifft auch den Rechtsnachfolger.
- (6) Darüber hinaus hat der Benutzungspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (7) Die für die Gebührenbemessung maßgeblichen Änderungen, insbesondere Änderungen des Gefäßbedarfs, der Abfallart oder der Anzahl der Bewohner hat der Anschlusspflichtige unverzüglich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.

§ 14 UNTERBRECHUNG DER ABFALLEINSAMMLUNG

Die Stadt sorgt bei Betriebsstörungen für Übergangsregelungen zur ordnungsgemäßen Abfalleinsammlung, von der die Betroffenen erforderlichenfalls in geeigneter Weise unterrichtet werden. Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, höherer Gewalt oder Streik besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.

TEIL II

§ 15 GEBÜHREN

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 9 Abs. 7 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restmüll. Als Entsorgungsgebühr werden erhoben bei Zuteilung folgender Gefäße:

	I Mit Teilnahme an der Biomülleinsammlung	II Bei erteilter Befreiung vom Abschlusszwang zur Biomülleinsammlung
a) 50-/60-l-Gefäß	157,92 €/Jahr	72,24 €/Jahr
b) 80-l-Gefäß	189,12 €/Jahr	103,44 €/Jahr
c) 120-l-Gefäß	243,36 €/Jahr	157,68 €/Jahr
d) 240-l-Gefäß	390,12 €/Jahr	304,44 €/Jahr
e) 770-l-Gefäß	1.000,32 €/Jahr	914,64 €/Jahr
f) 1.100-l-Gefäß	1.383,96 €/Jahr	1.298,28 €/Jahr
g) 1.100-l-Gefäß	1.873,80 €/Jahr	1.788,12 €/Jahr
h) 1.100-l-Gefäß	2.876,64 €/Jahr	2.790,96 €/Jahr

Bei Entleerung der Restmüllgefäße a) – f) dreiwöchentlich
g) zweiwöchentlich
h) einwöchentlich

Bei der Entleerung der Biogefäße in der Zeit vom 01.06. – 30.09. einwöchentlich
01.10. – 31.05. zweiwöchentlich.

Die Erhebung der Gebühr nach Spalte II setzt eine gültige Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang zur Biomülleinsammlung gem. § 12 Abs. 2 voraus.

- (3) Restmüllsäcke werden zum Stückpreis von 4,13 € für 70 l,
Windelsäcke werden zum Stückpreis von 1,50 € für 70 l,
Biosäcke werden zum Stückpreis von 2,34 € für 70 l angegeben.
- (4) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen zur Verwertung im Rahmen der Regelausstattung im Sinne des § 9 Abs. 8 und sperriger Abfälle abgegolten.
- (5) Für die Entsorgung auf Wunsch des Anschlussnehmers über die Regelausstattung hinaus zugeteilten Gefäßen werden folgende zusätzliche Gebühren erhoben:
- a) für Papiergefäße bei Zuteilung eines
240-l-Gefäßes 12,00 €/Jahr, jeweils bei monatlicher Leerung
1.100-l-Gefäßes 81,96 €/Jahr, jeweils bei monatlicher Leerung
- b) für Bio-Gefäße bei Zuteilung eines
120-l-Gefäßes 85,68 €/Jahr, in der Zeit vom 01.06. – 30.09.
1.100-l-Gefäßes 568,44 €/Jahr, einwöchige Leerung, in der Zeit vom 01.10. – 31.05. zweiwöchige Leerung.

§ 16 GEBÜHRENFLICHTIGE, ENTSTEHEN UND FÄLLIGKEIT DER GEBÜHR

- (1) Gebührenpflichtig ist der Anschlusspflichtige (§ 2 Abs. 1). Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel im Grundeigentum haften alter und neuer Eigentümer bis zum Eingang der Mitteilung nach § 13 Abs. 5 für rückständige Gebührenansprüche.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Monats der Anmeldung und sie endet mit Ende des Monats der Abmeldung.

- (3) Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Stadt erhebt die Gebühr jährlich; sie kann vierteljährliche Vorauszahlungen verlangen.
- (4) Die Gebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 17 VERWALTUNGSGEBÜHREN

- (1) Die Stadt erhebt für die Bearbeitung eines Antrages auf Befreiung vom Anschlusszwang zur Biomülleinsammlung gem. § 12 Abs. 2 eine Verwaltungsgebühr. Diese beträgt
- | | |
|-----------------------------------|---------|
| 1. bei erstmaliger Antragstellung | 25,00 € |
| 2. bei beantragter Verlängerung | 20,00 € |
- (2) Gebührenpflichtig ist die antragstellende Person. Die Verwaltungsgebühr entsteht mit der Antragstellung und ist sofort fällig.

TEIL III

§ 18 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 5 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelgefäße oder -behälter eingibt,
 2. entgegen § 7 Abs. 2 den Restmüll nicht in dem ihm zugeteilten Restmüllgefäß sammelt,
 3. entgegen § 7 Abs. 4 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 2 eingibt,
 4. entgegen § 8 Abfälle, die anlässlich der Benutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätzen anfallen, nicht in die aufgestellten Gefäße (Papierkörbe) eingibt,
 5. entgegen § 9 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 6. entgegen § 9 Abs. 4 geleerte Abfallgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 7. entgegen § 12 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,
 8. entgegen § 12 Abs. 3 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 9. entgegen § 13 Abs. 1 den Beauftragten der Stadt den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 10. entgegen § 13 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt,
 11. entgegen § 13 Abs. 5 die dort genannten Änderungen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt,
 12. entgegen § 13 Abs. 7, die dort genannten Änderungen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 1 – 11 können mit einer Geldbuße von 5,00 € bis zu 50.000,00 €, die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 12 und 13 mit einer Geldbuße von 5,00 € bis zu 10.000,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 19 INKRAFTTRETEN

Diese Abfallsatzung tritt am 17.03.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung vom 13.12.2005 außer Kraft.

Der Magistrat der Stadt Schlüchtern
gez. Möller, Bürgermeister

AUS DEM RATHAUS WIRD BERICHTET

131 STELLENAUSSCHREIBUNG: ERZIEHERIN/ERZIEHER

In unserer Kindertagesstätte „Kinderburg Wiesenzauber“ ist ab 1. Juni 2020 die Stelle einer/eines

staatlich geprüften Erzieherin/Erziehers (m/w/d)

in Vollzeit (39,0 Wochenstunden) zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach Entgeltgruppe S8a TVöD.

Teilen Sie uns bitte im Rahmen Ihrer Bewerbung Ihr mögliches Eintrittsdatum mit.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden im Rahmen der geltenden Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt. Die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz wird gewährleistet.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, Lebenslauf, Prüfungs- und vorhandene Arbeitszeugnisse) richten Sie bitte **bis zum 19. April 2020** unter Angabe der **Kennziffer 1.2.4/2020** an den:

Magistrat der Stadt Schlüchtern, Personalsteuerung, Krämerstr. 2, 36381 Schlüchtern
oder per E-Mail an:

bewerbung@schluechtern.de (bitte zusammengefasst in einer PDF-Datei)

Eingeschickte Bewerbungsunterlagen werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens nicht zurückgesandt und entsprechend der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vernichtet.

Eine schriftliche Eingangsbestätigung oder Zwischennachricht erfolgt nicht.

Auskünfte über die ausgeschriebene Stelle erteilt Ihnen Frau Baier-Hildebrand (Leitung Abt. 1.2 – Familien, Freizeit und Tourismus), Tel.: 06661/85-114.

Weitere Auskünfte finden Sie auf der Homepage der Stadt Schlüchtern unter www.schluechtern.de

132 VERSORGUNGSAMT FULDA INFORMIERT

Das Hessische Amt für Versorgung und Soziales Fulda – Versorgungsamt ist weiterhin für den Publikumsverkehr geschlossen.

**Das gilt für die Bürgersprechtage
bis zum 30. April 2020**

Die Schließung dient der Vermeidung von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus-COVID 19. Telefonisch (**0661/ 6207-0**) und per Email (**postmaster@havs-ful.hessen.de**) ist das Versorgungsamt weiterhin erreichbar.

133 RUFBEREITSCHAFT DES HESSISCHEN FORSTAMTES SCHLÜCHTERN

Im Notfall (Wochenenden und Feiertage) rufen Sie bitte das Hessische Forstamt Schlüchtern, **Tel.: 06661 9645-34**, an.

Über die automatische Rufumleitung werden Sie mit dem diensthabenden Revierleiter verbunden.

134 UNSERE JUBILARE

Der Magistrat der Stadt Schlüchtern gratuliert:

- | | |
|--|---------------------------|
| am 11.04. Edda Röder , Lange Straße 18
36381 Schlüchtern OT Breitenbach | zum 80. Geburtstag |
| am 12.04. Georg Kohlhepp , Schlehenring 10
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 80. Geburtstag |
| Klara Lehmann , Aueweg 6
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 80. Geburtstag |
| am 13.04. Marliese Erbe-Dietz , Alte Ahlersbacher Straße 6
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 75. Geburtstag |
| am 14.04. Barbara Irgel , Kurfürstenstraße 21
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 85. Geburtstag |
| am 15.04. Gerlinde Frick , Am Galgenberg 3
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 70. Geburtstag |
| Daniela Kahnt , Steinhaagweg 14
36381 Schlüchtern OT Niederzell | zum 70. Geburtstag |
| am 16.04. Leokadia Wettklo , Kreuzgartenweg 1
36381 Schlüchtern OT Innenstadt | zum 85. Geburtstag |
| Raimund Link , Reithweg 3
36381 Schlüchtern OT Elm | zum 70. Geburtstag |

Hinweis:

Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner kann – ohne Angaben von Gründen – der Übermittlung der Daten aus Anlass eines Alters- oder Ehejubiläums an Mandatsträger oder Presse und Rundfunk beim Einwohnermeldeamt widersprechen.